

Potsdam, 05. Dezember 2024

Das Fazit des Klimabündnis Brandenburg: Lippenbekenntnis zu Klimazielen – aber ohne klaren Fahrplan

Der vorliegende Koalitionsvertrag ist geprägt von einem "Weiter so" unter SPD-Führung und mutlosen Klimaschutzmaßnahmen.

„Versprechen von Preissenkungen bei Energie und Lebensmitteln mögen populär sein, ersetzen jedoch keine nachhaltigen Investitionen, gerechte Umverteilung und planvolles Handeln. Dieser Vertrag wirkt nicht wie eine Strategie zur Bewältigung der größten Herausforderung unserer Zeit, sondern wie Flickwerk ohne Weitsicht. Klimaschutz schrumpft hier auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – von allem ein bisschen, aber bloß nicht zu wirkungsvoll. Man muss sich fragen, ob die Koalitionspartner die wissenschaftlichen Fakten nicht verstehen oder sie bewusst ignorieren. Dieses Vorgehen wird weder den Klimazielen noch den Bedürfnissen der Menschen gerecht“, so Magdalena Eder.

Zivilgesellschaft fordert Nachbesserungen!

Der Blick ins Papier und die Reaktion der Verbände im Klimabündnis:

Klimaschutz: Anspruch und Wirklichkeit

Sarah Diering von der Naturschutzjugend Brandenburg kritisiert: „Wenn die Landesregierung den Klimawandel ernst nehmen möchte, muss sie Klimaschutz als Priorität behandeln. Dieses Bekenntnis fehlt jedoch. Statt ambitionierter Konzepte zeigt sich eine Politik der Halbherzigkeit. Die gewählten Vertreter:innen müssen aufhören, durch Falschinformationen und das Schüren von Ängsten notwendige Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern. Wir stehen bereit für sachliche Debatten.“ Diese Bereitschaft blieb bisher jedoch ungenutzt.

Klimaneutralität 2045: Ambition oder Alibi?

Während der Entwurf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 anerkennt, fehlt ein klarer Fahrplan für eine schrittweise Emissionsreduktion. Selbst die CO₂-Bepreisung wird infrage gestellt.

Lotta Bergfeld von der BUNDjugend Brandenburg mahnt: „Brandenburg hat die höchsten Treibhausgasemissionen pro Kopf in Deutschland und senkt diese nur halb so schnell wie der Bundesdurchschnitt. Hier ist konsequentes Handeln dringend erforderlich.“ Die unzureichenden Maßnahmen widersprechen nicht nur moralischen Geboten, sondern auch verfassungsrechtlichen Pflichten: Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass unzureichender Klimaschutz die Freiheitsrechte kommender Generationen verletzt.

Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz: Kein Widerspruch

Ein häufiges Argument gegen Klimaschutzmaßnahmen ist die angebliche Belastung sozial schwächerer Gruppen.

Doch Anja Hänel vom VCD Brandenburg hält entgegen: „Klimaschutz bedeutet soziale Gerechtigkeit. Ein verlässlicher ÖPNV und ein ausgebautes Radnetz fördern Mobilität unabhängig von Einkommen und Fahrtüchtigkeit. Wir fordern eine klare Priorisierung umweltverträglicher Verkehrsmittel.“

Fossile Abhängigkeit und verpasste Chancen

Für die Zukunft Brandenburgs und die Sicherung des Wohlstands setzt sich die Koalition gleich in der Präambel zum Ziel, die Energiekosten zu senken. Doch für eine Senkung der Energiekosten müssten sich die Koalitionspartner eingestehen, dass das angesichts steigender CO₂-Preise nicht mit der weiteren Förderung von Gas und Kohle, sondern nur mit erneuerbaren Energien, Hand in Hand mit den Kommunen, gelingen wird. Nach wie vor werden die wahren Kosten der fossilen Energien sowie die daraus resultierenden Schäden für Umwelt, Gesundheit und Lebensräume verschleiert. Der Kohleausstieg ist deshalb und auch wegen dem großen Beitrag der Kohle an den landesweiten



PRESSEMELDUNG

Emissionen laut BUND und der BUNDjugend unbedingt vorzuziehen. Dennoch setzt die Koalition weiterhin auf fossile Energien. Ein Bekenntnis zum Kohleausstieg vor 2038 fehlt, obwohl der Klimaplan selbst die Dringlichkeit betont: „*Der Kohleausstieg ist der zentrale Schlüssel zur schnellen Reduktion erheblicher Mengen der Brandenburger CO₂-Emissionen*“ (Klimaplan S. 27).

Dass das neu zugeschnittene Ministerium mit den Namen "*Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz*" nun in die Hände der Landesbezirksleiterin der IG BCE, also die Bergbau Lobby, kommen soll, gibt wenig Anlass für Vertrauensvorschluss. Und das, wo auch in der Weiterentwicklung der Lausitz in nachhaltigere Pfade für die Region und die Menschen vor Ort viel auf dem Spiel steht.

Axel Kruschat vom BUND Brandenburg kritisiert: „Die Landesregierung tut alles, damit Deutschland das 1,5-Grad-Ziel verfehlt. Zugleich wird mit der Kommunikation des sicheren Kohleabbaus bis 2038 die Illusion erzeugt, dass die Landesregierung den Ausstieg aus der Kohle in der Hand hat. Damit wird die Möglichkeit verspielt, dass sich die Region auf den Ausstieg vorbereiten kann. Die Landesregierung will Strukturbrüche verhindern, führt diesen damit aber herbei.“ so Kruschat abschließend.

Beim Bau neuer steuerbarer Kraftwerke wäre der dauernde Fortschritt in Batterietechnologie zu berücksichtigen. Es wäre eine Chance, im Koalitionsvertrag Großspeicher explizit zu erwähnen - diese wurde aber leider nicht genutzt! Technologieoffener Fortschritt bleibt auch hier reine Plattitüde.

Ein Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

"Wenn eine Koalition die Natur und Umwelt als bloße "Entwicklungsgrundlage des Landes" bezeichnet, zeigt dies, dass Schutz und Erhalt der Natur als Lebensgrundlage nachrangig behandelt werden.", ist das Klimabündnis Brandenburg überzeugt.

Die Landwirtschaft trägt eine besondere Verantwortung – nicht nur wegen ihres hohen Emissionsanteils, sondern auch aufgrund ihrer Schlüsselrolle für Ernährung, Wirtschaft und Klimaanpassung. Landwirtschaft und Tierhaltung müssen so gestaltet werden, dass sie ökologische Anforderungen, die Bedürfnisse der Menschen und das Tierwohl erfüllen. Nur so sind Ernährungssicherheit, Lebensqualität und Artenschutz langfristig möglich.

Im Koalitionsvertrag finden sich jedoch kaum Ansätze für nachhaltige Lösungen wie extensiven und ökologischen Landbau, gesündere Böden, Humusaufbau oder Wasserrückhalt. Stattdessen liegt der Fokus auf Düngung, Pflanzenschutz, Pflanzenzüchtung und Bodenbearbeitung.

"Besonders kritisch sehen wir die geplante Erhöhung der Tierbestände, die weder mit Konsumtrends noch mit Tierwohl oder Klimaschutz vereinbar ist.", sagt Magdalena Eder.

Zusätzlich zeigt die mögliche Besetzung des Ministeriums – mit Namen wie Hanka Mittelstädt oder Johannes Funke – eine enge Verflechtung mit agrarindustriellen Interessen. Dies gefährdet die Förderung nachhaltiger Landnutzung und die Berücksichtigung ökologischer Belange.

Die Notwendigkeit und Missachtung von Senken für das Erreichen der Klimaziele

Es ist eigentlich eine Milchmädchenrechnung: Jahr für Jahr wird mehr CO₂ ausgestoßen während zeitgleich massiv CO₂ eingespart und gebunden werden muss. Um CO₂ einzusparen gibt es zwei Wege: 1. Reduktion und 2. Speicherung. Bei letzterem spielen natürliche Senken eine wichtige, effektive, funktionierende und vor allem auch günstige Rolle.

"Das dies alles über CCS/CCU zu bewerkstelligen sein wird, ist eine Mär, die in ihrer Erzählung schon im Keim erstickt werden muss.", sagt Eder.

Moorschutz als effektive CO₂-Senke findet im Koalitionsvertrag trotz dem klaren Zusammenhang mit der Landnutzung aber keine Beachtung.

Grit Gehrau von den Naturfreunden Brandenburg erklärt: „15 % der Fläche Brandenburgs sind Moore, die mehr CO₂ emittieren als der gesamte Verkehrssektor. Wiedervernässung ist essenziell und muss durch finanzielle Anreize für Paludikulturen unterstützt werden.“



PRESSEMELDUNG

Hoffnung besteht bei der Formulierung zum Wasserrückhalt.

Björn Ellner vom NABU Brandenburg dazu: "Zu begrüßen ist, dass die neue Landesregierung das Thema Wasser sehr ernst nimmt und sich für den Wasserrückhalt in der Landschaft einsetzen will. Um unser Grundwasser zu stützen müssen wir mehr Wasser zur Versickerung bringen anstatt es aus der Landschaft schnellstmöglich abzuleiten. Das ist auch für unsere Trinkwasserversorgung wichtig, da wir zu rund 90 Prozent unser Trinkwasser aus Grundwasser gewinnen. Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass damit auch der Moorschutz forciert wird. Moore sind wichtige Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel."

Auch der Waldumbau und die Kaskadennutzung von Holz ist für die Speicherung von CO2 elementar. Hierbei sind ein paar Punkte im Koalitionsvertrag unklar formuliert und benötigen Aufmerksamkeit. So ist eine "Überprüfung der Flächenkulisse "Naturwaldentwicklung" im Landeswald" vorgesehen. Die erst kürzlich festgesetzten Naturwaldentwicklungsgebiete müssen gesichert und langfristig entwickelt werden, um klimawirksam zu sein. Auch eine Novellierung des Jagdgesetzes ist notwendig, damit eine gezielte Reduzierung des Schalenwildes für die Waldverjüngung erreicht werden kann. Ob die Regelungen für Bestandsmanagement von Wolf und Biber konkret die Aufnahme ins Jagdgesetz bedeutet, lässt sich nur erahnen. Dieses Vorgehen ist aus Naturschutzsicht stark anzuzweifeln und löst die bestehenden Probleme vor Ort nicht. Zwar steht eine "nachhaltige Waldbewirtschaftung" im Entwurf. Doch nach aktuellen Informationen des Thünen-Instituts hat der Wald seine Senkenwirkung bereits verloren - umso mehr müssen wir den jährlichen Kahl- und Rundschlag reduzieren. Holz muss zudem als Wertstoff in Kreisläufen und Kaskaden gedacht werden um CO2 langfristig zu binden. Das Verheizen von Holz ist keine nachhaltige Methode der Energiegewinnung. Wer diese Meinung vertritt hat noch nie einen Baum wachsen sehen.

Am Ende gilt noch der Hinweis an die Vorbildwirkung der Landeseigenen Liegenschaften und das Bekenntnis zur Teilhabe und Mitwirkung: Nur so geht tatsächlicher Klimaschutz mit den Menschen!

Ansprechpartnerin für die Presse:

Magdalena Eder - Klimabündnis Brandenburg

eder@klimabuendnis-brandenburg.de

Mobil: +49 177 189 881 0

Franziska Sperfeld, BUND Brandenburg:

franziska.sperfeld@bund.net

Mobil: 0178 / 1448239

Alle Pressemeldungen und Bilder zur Nutzung: <https://www.klimabuendnis-brandenburg.de/presse/>

- Pressemitteilung zur Konstituierenden Sitzung am 17.10.2024: Klimapolitisches Notizbuch
- Pressemitteilung zum Recht auf Zukunft am 27.11.

Hintergrund Klimabündnis:

Im Klimabündnis Brandenburg organisieren sich Vertreter*innen der Umwelt- und Naturschutz- sowie der Verkehrsverbände und der Klimaaktivist*innen in Brandenburg, um gemeinsam den Klimaschutz im politischen wie öffentlichen Raum zu vertreten. Dem Bündnis gehören an: die Landesverbände des BUND, NABU, Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) und Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sowie Fridays For Future Brandenburg. Unterstützt wird das Bündnis durch Scientists4Future, Parents4Future Brandenburg und die Landesverbände der Naturfreunde, BUNDjugend und Naturschutzjugend.